

321388-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Öffentlichkeitsarbeit – RV Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikationsmaßnahmen -
"Kampagnen und sonstigen themenspezifisch zusammenhängenden PR-Maßnahmen"

OJ S 90/2026 11/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Verkehr

E-Mail: servicestelle-vergabe@bmv.bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: RV Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikationsmaßnahmen - "Kampagnen und sonstigen themenspezifisch zusammenhängenden PR-Maßnahmen"

Beschreibung: Das BMV beabsichtigt, eine Rahmenvereinbarung mit einer Kommunikationsagentur zur strategischen Kommunikationsberatung sowie zur Entwicklung /Umsetzung von Kampagnen sowie sonstigen themenspezifisch zusammenhängenden PR-Maßnahmen für den Zuständigkeitsbereich des BMV abzuschließen. Die Informationsmaßnahmen für die zentralen BMV-Themen sollen durch zielgruppengerechte Ansprache verschiedene Adressaten erreichen, so z.B. Bürger und Bürgerinnen, Multiplikatorinnen/ Multiplikatoren, Stakeholder. Durch diese Maßnahmen soll neben der transparenten und nachvollziehbaren Information über Aufgaben, Aktivitäten, Maßnahmen und Ziele des BMV auch die Akzeptanz des Bundesministeriums gestärkt werden. Gleichzeitig soll dabei die Relevanz einer innovativen Verkehrspolitik aufgezeigt werden. Außerdem sollen Fachinformationen mit Bezug auf konkrete Maßnahmen wie Strategien des BMV, aktuelle politische Entscheidungen, Gesetzes- und Fördervorhaben des BMV einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Um bedarfsgerecht und seinem Informationsauftrag entsprechend zeitnah Informationsmaßnahmen entwickeln und durchführen zu können, benötigt das BMV Unterstützung durch eine Kommunikationsagentur. Kennung des Verfahrens: a3985b62-8f46-4c3f-bc83-cdcc593f8af8

Interne Kennung: 6#0024/L15

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79416000 Öffentlichkeitsarbeit

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79340000 Werbe- und Marketingdienstleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 31 933 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 31 933 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXWSYYDYT8N43BVJ# 1) Die Vergabe erfolgt als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV. Im Rahmen dieser Bekanntmachung wird zunächst zur Abgabe eines Teilnahmeantrages aufgefordert. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes werden nur die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert. Angebote (Angaben zur Leistungsausführung, Preiskalkulationen o.ä.) sind im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs nicht vorzulegen (s. Bewerbungsbedingungen) 2) Das Vergabeverfahren wird elektronisch über die Vergabeplattform der Bundesverkehrsverwaltung unter evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de durchgeführt. Die Bereitstellung von Vergabeunterlagen sowie die Kommunikation zwischen Bewerbern und der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform. Informationen über die Vergabe und die technischen Voraussetzungen für deren Nutzung erhalten Sie unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/> 3) Fragen der Bewerber sind über die Vergabeplattform der Bundesverkehrsverwaltung (als registrierter Nutzer) rechtzeitig vor Ablauf der Bewerbungsfrist zu stellen. Es werden ausschließlich Fragen beantwortet, die für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlich sind. Die Antworten werden zeitnah erarbeitet und über die Vergabeplattform der Bundesverkehrsverwaltung an alle Bewerber versendet. 4) Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen, Nachweise) vorzulegen: a) Der Bieter bzw. Bewerber hat mittels des Formblattes F1 "Erklärung zum Unternehmen" (Eigenerklärung) zu versichern, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (siehe z.B. https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_123.html und https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_124.html) vorliegen. b) Gefordert wird die Abgabe einer Eigenerklärung je Wirtschaftsteilnehmer (einschließlich Unterauftragnehmern sowie der einzelnen Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft) hinsichtlich des Vorliegens eines Sanktionstatbestandes nach Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr.833/2014 und des Artikel 2 der VO Nr. 269/2014 (EU) in der jeweils geltenden Fassung. c) Ist beabsichtigt, die Leistung gemeinschaftlich in Form einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft zu erbringen, so hat jedes Mitglied die vorgenannten Unterlagen vorzulegen; darüber hinaus sind im Formblatt F-BG Angaben zur Bewerber-/Bieterstruktur zu machen. d) Verpflichtet der Bewerber/ Bieter für die Leistungserbringung Unterauftragnehmer, so hat auch jeder benannte Unterauftragnehmer - spätestens nach Anforderung durch den Auftraggeber - die unter a) genannten Unterlagen sowie eine entsprechende Verpflichtungserklärung (Eigenerklärung) vorzulegen. Die Unterauftragnehmer sind namentlich mit ihren zu leistenden Aufgaben im Formblatt F-UA "Verzeichnis der benannten Unternehmen/Unterauftragnehmer" anzuführen. 5) Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden, erfolgt zweistufig: a) Prüfung der Eigenerklärungen und Nachweise auf die Erfüllung der Mindestanforderungen. Nur die Bewerber, die die Mindestanforderungen der Eignungskriterien Teil I erfüllen, werden in die Bewertung der Eignungskriterien einbezogen. b) Bildung einer Platzierungsreihenfolge unter den geeigneten Bewerbern durch Bewertung der folgenden Eignungskriterien (Wertung) EK 3.1 und 3.2. Die Zahl der geeigneten Bewerber, die im weiteren Vergabeverfahren berücksichtigt werden, wird gemäß § 51 VgV auf drei bis fünf Bewerber begrenzt. 6) Die ausgewählten Bewerber werden auf Grundlage der Erstangebote anschließend zur Verhandlung in Einzelgesprächen eingeladen (s. Anschreiben Aufforderung

TNA). Weitere, mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Erklärungen, Unterlagen oder Nachweise sind der Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags zu entnehmen. 7) Das Verhandlungsverfahren kann unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben des § 17 VgV zu Änderungen am Inhalt und Umfang der für die Erstellung der Erstangebote aufgestellten Rahmenbedingungen führen. Nicht verhandelbar sind die sich aus der Leistungsbeschreibung ergebenden Mindestanforderungen sowie die Zuschlagskriterien. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass es aufgrund der Verhandlungen zu Präzisierungen einzelner Angaben oder Aspekte im Rahmen der Zuschlagskriterien kommen kann. Der AG wird den Bietern sämtliche Änderungen rechtzeitig und diskriminierungsfrei unter Beachtung der Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz und Gleichbehandlung spätestens vor Aufforderung zur Abgabe der finalen Angebote mitteilen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gefordert wird die Abgabe einer Eigenerklärung pro Wirtschaftsteilnehmer

(auch von Unterauftragnehmern sowie von den einzelnen Mitgliedern einer Bewerber-/

/Bietergemeinschaft) zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen des Bieters/Bewerbers

(Unternehmen) gemäß §§ 123, 124 GWB: https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_123.html

https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_124.html ##### Die Eigenerklärung ist unter

Verwendung des Formblatts F1 Angaben des Unternehmens abzugeben. ##### Gefordert

wird die Abgabe einer Eigenerklärung je Wirtschaftsteilnehmer (einschließlich

Unterauftragnehmern sowie der einzelnen Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft)

hinsichtlich des Vorliegens eines Sanktionstatbestandes nach Artikel 5k der Verordnung (EU)

Nr.833/2014 und des Artikel 2 der VO Nr. 269/2014 (EU) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Eigenerklärung ist unter Verwendung des Formblatts F Sanktion_RUS

abzugeben. ##### Die Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: RV Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikationsmaßnahmen - "Kampagnen und sonstigen themenspezifisch zusammenhängenden PR-Maßnahmen"

Beschreibung: Rahmenvereinbarung über strategische Kommunikationsberatung sowie

Entwicklung und Umsetzung von Kampagnen und PR-Maßnahmen für das BMV,

bedarfsabhängig auf Einzelabruf

Interne Kennung: 6#0024/L15

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79416000 Öffentlichkeitsarbeit

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79340000 Werbe- und Marketingdienstleistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: um jeweils 12 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Enthalten die Bekanntmachung/ Vergabeunterlagen nach

Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so ist

unverzüglich die Vergabestelle vor Abgabe des Teilnahmeantrags/ Angebotsabgabe in

Textform darauf hinzuweisen. Fragen zu den Vergabeunterlagen bzw. zur Bekanntmachung

sind bis zu der genannten Abgabefrist mittels der entsprechenden Kommunikationsfunktion über die Vergabeplattform an den AG zu richten.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Alle zu erstellenden Druckerzeugnisse ((Abschluss-)Berichte, Jahresberichte, Broschüren, Infomappen - und -flyer,) werden grundsätzlich elektronisch zur Verfügung gestellt.

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Innovative Beschaffung

Beschreibung: Gegenstand der Innovationspakete ist der strukturierte und verantwortungsvolle Einsatz von KI-Tools zur Unterstützung der Kommunikationsleistungen gemäß Leistungsbeschreibung, Abschnitt: 4.2.2.

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Alle zu erstellenden Druckerzeugnisse (Berichte, Jahresberichte, Broschüren, Infomappen und Flyer,) die bei der Leistungserbringung für Webseiten oder Veranstaltungen erstellt werden, sowie alle sonstigen für die Veröffentlichung vorgesehenen Dokumente müssen den Anforderungen der Barrierefreiheit entsprechen (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung - BITV 2.0 vom 25.05.2019). Detaillierte Hinweise zur Umsetzung der Verordnung sind auf den Internetseiten des BIK (Arbeitskreis "barrierefrei informieren und kommunizieren") zu finden (<https://bik-fuer-alle.de>).

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz, Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Zugang für alle

Innovationsfördernde Auftragsvergabe: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Prozessinnovationen., Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Produktinnovationen.

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F 3 Referenzprojekte (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Gefordert werden vergleichbare Referenzen, d.h. Leistungen, die dem Auftragsgegenstand nahekomen oder ähneln und in Umfang, Komplexität (Vielschichtigkeit)

und Schwierigkeitsgrad den ausgeschriebenen Leistungen entsprechen. ##### Dabei gelten zusätzlich folgende Mindestanforderungen an die anzugebenden Referenzen: Es sind mindestens 3 Referenzprojekte nachzuweisen, die Erfahrungen im Bereich - der Planung und Durchführung von Kampagnen und sonstigen themenspezifisch zusammenhängenden PR-Maßnahmen nachweisen. - davon sind mindestens 2 Referenzprojekte nachzuweisen, die Erfahrungen bei Bundesbehörden belegen. ##### Alle Teilbereiche müssen durch die Referenzprojekte nachgewiesen werden. ##### Die Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F 2.1 Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Gefordert wird die Abgabe einer Eigenerklärung des Bewerbers (im Falle der Eignungsleihe des hierfür benannten anderen Unternehmens), dass eine entsprechende Versicherung vorhanden ist oder im Auftragsfall abgeschlossen wird und diese während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird. ##### Die Eigenerklärung ist unter Verwendung des Formblatts F Erklärung zur Haftpflichtversicherung abzugeben. ##### Sofern der Bewerber dem haushaltsrechtlichen Grundsatz der Selbstversicherung unterliegt, ist der Abschluss einer entsprechenden Versicherung nicht erforderlich. In diesem Fall ist eine entsprechende Erklärung abzugeben und ein Nachweis über die Selbstversicherung dem Angebot beizufügen ##### Mindeststandards: Die Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung hat mindestens die nachstehenden Schäden mit folgenden Mindestversicherungssummen abzudecken: - Für Personen- und Sachschäden mindestens 3.000.000 EUR pauschal je Schadensfall, ##### Die Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F 2.2 Angabe von Unternehmensdaten/ Gesamtumsatz (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Gefordert wird die Abgabe einer Eigenerklärung des Bewerbers (im Falle der Eignungsleihe des hierfür benannten anderen Unternehmens), dass die Gesamtumsatzerlöse der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre jeweils mindestens 5,0 Mio. EUR pro Geschäftsjahr betragen haben. ##### Die Eigenerklärung ist unter Verwendung des Formblatts Eigenerklärung Umsätze abzugeben. ##### Bei Bewerbergemeinschaften werden die Umsätze der einzelnen Mitglieder zusammengerechnet. ##### Sofern der Bewerber erst seit weniger als drei Geschäftsjahren besteht, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. ##### Die Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F 3.1 Referenzen-EK Teil II - Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Aufträge der in den letzten drei Jahren (ab 2023) erbrachten wesentlichen Leistungen, die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen, Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers geben: Eine themenbezogene*) Kommunikationskampagne im Bereich einer Bundesbehörde, die drei verschiedene Kommunikationskanäle bediente (z.B. Plakat, Website, SocialMedia Event oder klassische Werbung, PR und Internet, etc.) *) nicht produktbezogenen Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen Gewichtung (Prozentanteil, genau): 50,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F 3.2 Referenzen-EK Teil II - Geeignete Referenzen (max. 3 pro Themenbereich) über früher ausgeführte Aufträge der in den letzten drei Jahren (ab 2023) erbrachten wesentlichen Leistungen, die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen, Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers geben. Bereich/ Themenschwerpunkt: Kommunikationsmaßnahmen im Bereich der Verkehrsträger Schiene, Wasser und Radverkehr zu den Themenbereichen: - Verkehrssicherheit - Mobilität der Zukunft (Infrastruktur, Alternative Antriebstechnologien, ÖPNV) - Digitalisierung mit öffentlichen Partnern
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 50,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 29/05/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de/VMPSatellite/notice/CXWSYYDYT8N43BVJ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de/VMPSatellite/notice/CXWSYYDYT8N43BVJ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 30/06 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de/VMPSatellite/notice/CXWSYYDYT8N43BVJ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/06/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden gem. § 56 VgV nachgefordert

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot
** Mittels Eigenerklärung: - Verhaltenskodex BMV: Abgabe einer Eigenerklärung, dass der
"Verhaltenskodex für Geschäftspartner des Bundesministeriums für Verkehr" zur Kenntnis
genommen wurde und eingehalten wird. * Mit dem Teilnahmeantrag ** Mittels Eigenerklärung:
- Formblatt F Sanktion_RUS: Abgabe einer Eigenerklärung in Hinblick auf das Vorliegen des
Sanktionstatbestandes des Artikel 5k der VO (EU) 833/2014 und des Artikel 2 der VO Nr. 269
/2014 (EU) (Formblatt F Sanktion)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die
Rügeobliegenheiten der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen
gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB (siehe z.B.: https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_160.html) hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über
das Vergabeverfahren hin. § 160 GWB lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein
Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein
Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen
Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht.
Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der
Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist
unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen
Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem
Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der
Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die
aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der
Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem
Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den
Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung
oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15
Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu
wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit
des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Die
Vergabestelle wird gemäß § 134 GWB (siehe z.B.: https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html) die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon vor
Zuschlagserteilung nach Maßgabe des §134 Abs. 1 GWB informieren. Bei schriftlicher
Information darf der Vertrag erst 15 Kalendertage, bei Information auf elektronischem Weg
oder per Fax erst 10 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden (§
134 Abs. 2 S. 1 und S. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information
durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber
kommt es nicht an (§ 134 Abs. 2 S. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:
Bundesministerium für Verkehr
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesministerium für Verkehr

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Verkehr

Registrierungsnummer: DE235213079

Postanschrift: Invalidenstraße 44

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: servicestelle-vergabe@bm.bund.de

Telefon: 000

Fax: +4930183008071490

Internetadresse: <https://www.bmv.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: Tel. +49 2289499-0

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 743de0d5-4cc5-4fb5-8951-27e85ec7d7b4 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/05/2026 16:33:21 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 321388-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 90/2026
Datum der Veröffentlichung: 11/05/2026